

Antragsbereich Y / **Antrag Y1**

AntragstellerInnen: Vitus Mayr

Empfänger: Bundesparteitag

Bundestagsfraktion Landesparteitag

Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskom-

mission: Bei Zulassung: Zustimmung

Y1: Gemeinsam die Pandemie bewältigen. Für eine verantwortungsvolle Pandemie-Politik. Nur eine Eindämmungsstrategie schafft Perspektiven.

Unser gesellschaftliches Miteinander solidarisch und rücksichtsvoll zu gestalten ist oberstes Anliegen für uns als Sozialdemokrat*innen. Für uns steht der Schutz von Menschenleben im Mittelpunkt –

5 das bedeutet auch, den Menschen in diesem Land wieder Ausblick auf ein normalisiertes, angst- und krisenfreies Leben geben zu können. Nach einem Jahr Corona-Krise ist unsere Gesellschaft auf einem gefährlichen Tiefpunkt: Vertrauen in unsere

10 Entscheidungsträger*innen schwindet und Wissenschaftsleugner*innen verbreiten Unwahrheiten und bekommen hierfür eine Bühne. Auf den Straßen treffen sich regelmäßig krude Mischungen von

15 Verschwörungsgläubigen, Rechtsradikalen und Esoteriker*innen aus dem bürgerlichen Spektrum. Sie alle eint ein äußerst unsolidarischer und rücksichtsloser Umgang mit der komplexen Pandemie. Gleichzeitig leben immer noch Millionen von Menschen in Angst und Verunsicherung, Intensivkapazitäten schwinden

20 und auch finanzielle und psychische Ressourcen werden knapp. Es ist absolut verständlich und nachvollziehbar, dass wir uns alle nach einem anderen Leben sehnen.

25 Die aktuelle Lage ist nicht nur eine Gesundheits-
krise aufgrund einer Pandemie, sondern auch eine
Krise unserer Wirtschaftsform, des Kapitalismus.
Daher plädieren wir für eine verantwortungsvolle
und umfassende Eindämmungsstrategie gegen die
30 COVID-19-Pandemie und eine soziale Abfederung der
Maßnahmen. Wir wählen diesen Weg der öffentlichen
Positionierung, die wir durch Beschluss des Landes-
parteitags zukommen lassen, weil wir uns durch das
dynamische Pandemiegeschehen gezwungen sehen,
35 schnelles und entschlossenes Handeln einzufordern.
Die nun beschlossene Bundesnotbremse ist ein
wichtiges Gesetz für die mittelfristige Eindämmung
der Pandemie. Kurzfristig kann sie aber den akuten
Erfordernissen nicht gerecht werden. Bund und
40 Länder müssen über weitere Schritte entscheiden.

Entscheidend hierfür sind die Entwicklungen der letz-
ten Wochen. Das Pandemiegeschehen hat sich leider
nicht so entwickelt wie erhofft, die Auslastungen auf
45 den Intensivstationen haben bedrohliche Ausmaße
angenommen, die Inzidenzen bei Kindern ist sehr
stark angestiegen. Die Impfkampagne kam durch
Lieferengpässe, Nichteinhaltung der Lieferverspre-
chen und die notwendigen Anpassungen der STIKO
50 aufgrund der Probleme mit dem Impfstoff von Astra
Zeneca, immer wieder ins Stocken. Mehr und mehr
Beschäftigte im Gesundheitsbereich sind arbeitsun-
fähig oder kündigen aufgrund der Belastung und der
Zustände.

55 Nichtsdestotrotz befinden wir uns bei der Bekämp-
fung der Pandemie auf den letzten Metern. Aus Israel
und Großbritannien wissen wir, dass bereits bei einer

Erstimpfquote von über 50% die Infektionszahlen
60 stark sinken und bedenkenlos Lockerungsschritte
vollzogen werden können. Diese Quote haben wir in
der Bundesrepublik bis spätestens Ende Mai erreicht.
Bis dahin wollen wir als BayernSPD nichts unversucht
lassen, um möglichst viele Menschenleben zu retten,
65 um gemeinsam aus dieser Krise zu kommen. Hierfür
sind folgende Schritte notwendig:

70 Im Konkreten fordern wir:

- Eine wirkungsvolle „Notbremse“, die die Inzidenzen so weit senkt, dass eine realistische Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter wieder möglich ist. Dabei müssen alle Bereiche des Lebens in den Blick genommen werden: Auch vor mehr Arbeitsschutz in Betrieben darf nicht mehr zurückgeschreckt werden. Überall, wo Begegnungen unvermeidlich sind, muss eine Masken- und Testpflicht (mindestens zweimal pro Woche) gelten. Es braucht eine echte Homeofficepflicht, die Ausnahmen nur in begründeten Fällen zulässt. Betriebe und Arbeitsstätten dürfen nur mit einem Hygienekonzept betrieben werden, das diesen Standards entspricht.
80 Die Anwendung muss kontrolliert und Nichteinhaltung sanktioniert werden. Auf die Bedürfnisse im Privaten – insbesondere in Familien – muss mehr Rücksicht genommen werden: Die Bildung von privaten Kontaktgruppen, die sich nach außen schützen und untereinander ohne Verunsicherung verkehren können, muss aktiv gefördert werden.
90 Weitere Einschränkungen von privaten Kontakten

- 95 sind weder kontrollierbar noch gesund. Doch auch hier muss klar sein: Treffen in geschlossenen Räumen sollten vermieden werden, Hygienemaßnahmen sind zu ergreifen. Insbesondere das Verwenden einer hochwertigen Maske sollte Standard sein. Hingegen sollten Treffen im Freien möglich bleiben.
- 100 • Flankiert werden muss die „Notbremse“ von einer umfassenden, mehrsprachigen und leicht verständlichen Aufklärungskampagne, die keine Kosten und Mühen scheut, die Ausbreitungsweise der SARS-CoV2-Viren zu erklären und Bürger*innen in großer Zahl befähigt, eigenverantwortlich zu handeln. Dazu gehört auch, wie Schnelltests anzuwenden sind und welche Aussagekraft sie haben. Die Bedeutung und Notwendigkeit von hochwertigen Masken, das Vermeiden von Treffen in geschlossenen Räumen - insbesondere auch in Folge von Lohnarbeit, und den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen der Impfungen.
 - 110 • Kurzfristige Entlastung für Beschäftigte im Gesundheitsbereich. Insbesondere Beschäftigte auf Covid-Stationen sind absolut am Limit. Die Kündigungszahlen sind hoch. Umfragen zeigen, dass ein Drittel der Beschäftigten darüber nachdenkt die Branche zu wechseln. Wir brauchen mehr als Klatschen auf dem Balkon. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Entlastung, daher ist eine Verschärfung der Maßnahmen erforderlich. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Anerkennung. Daher soll der Bund eine Sonderprämie an die Beschäftigten im Gesundheitsbereich mit Covid-Bezug ausgeben. Mittelfristig braucht es dann höhere Tarifverträge und mehr Anerkennung. Den warmen Worten
 - 120
 - 125 müssen hier endlich Taten folgen.

- Druck und Verunsicherung von den Schulen nehmen: Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern wünschen sich nichts sehnlicher als verlässliche und verantwortungsvolle Perspektiven für den Bildungsbereich. Es muss jetzt klar kommuniziert werden, wie die nächsten Monate verlaufen sollen. Solange die Inzidenz so hoch ist, dass Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter nicht möglich ist, kann Präsenzunterricht nicht verantwortet werden. Während dieser Zeit müssen Schüler*innen und Eltern entlastet werden und der Leistungs- und Anpassungsdruck durch Homeschooling muss minimiert werden. Kinder und Jugendliche müssen (insbesondere sobald die Impfungen für U16 zugelassen sind) in der Impfstrategie entsprechend höher priorisiert werden. Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu sozialen Kontakten haben, die in geschützten, von den Familien selbst bestimmten Kleingruppen stattfinden. Eltern mit jüngeren Kindern im schulpflichtigen Alter müssen schnell und unkompliziert die Möglichkeit erhalten, für die Zeit von Schulschließungen frei zu nehmen und erhalten Lohnersatz durch den Staat. Insbesondere Eltern in systemrelevanten Berufen müssen unkomplizierte Zugänge zu Notbetreuung haben. Diese sollte aus Gründen des Infektionsschutzes jedoch nicht zu weit gefasst werden.
- Ausgleich und Perspektive für Wirtschaft und Kultur. Für die Dauer von Betriebsschließungen und Eindämmungsmaßnahmen muss es selbstverständlich kraftvolle Hilfen für Einzelhandel, Gastronomie, Reise- und Kulturbranche geben. Arbeits-

165 plätze und Existenzen dürfen durch diese Pandemie nicht vernichtet werden. Perspektive und Planbarkeit sowie eine schnelle Rückkehr zur Normalität in auch diesen besonders betroffenen Branchen stehen für uns im Mittelpunkt einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik. Eine weitere Verschleppung der Pandemie können wir uns weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich leisten.

170 • Studien aus Großbritannien und neueste Zahlen des RKI legen dar, dass arme Menschen besonders stark von der Pandemie betroffen sind und einem signifikant höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Wegen schlechterer Arbeitsbedingungen, beengtem Wohnraum und schlechteren Zugang zu
175 hochwertigeren Masken. Dieser Aspekt muss stärker in den Fokus sozialdemokratischer Politik rücken. Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen eine weitere Corona-Sonderzahlung auszuschütten und es braucht strengere Kontrollen der
180 Arbeitsplätze, z.B. durch den Zoll. Sozialleistungsbezieher*innen müssen in der Impfreihenfolge besser priorisiert werden.

185 • Es darf keine Generation Corona geben. Auch auf den Ausbildungsmarkt hat die Pandemie dramatische Auswirkungen. So gehen die angebotenen Ausbildungsplätze deutlich zurück. Gleichzeitig beklagen viele Arbeitgeber den Fachkräftemangel. Deshalb fordert die BayernSPD, dass die Arbeitgeber*innen ihre Verantwortung auch in der Krise wahrnehmen und weiter ausbilden. Langzeitfolgen, wie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit oder eine verstärkte soziale Ungleichheit müssen vermieden
190 werden. Die Ausbildungsplatzreduzierung ist gerade in ihrer sozialen Auswirkung von hoher Bedeu-

195 tung. Wenn die Ausbildung zurückgefahren wird,
betrifft dies häufig vor allem Hauptschul- und Real-
schulabgänger*innen. Soziale Ungleichheiten wer-
den damit verstärkt. Es braucht Perspektiven für
die junge Generation und eine Generation Corona
200 unter den Auszubildenden und dual Studierenden
muss verhindert werden. Die aktuellen Maßnah-
men der Bundesregierung mögen eine erste Hilfe
darstellen, sie setzen aber nur an den Krisensym-
ptomen an. Wir brauchen in der Ausbildung struk-
205 turelle Änderungen. Nötig ist eine Ausbildungsga-
rantie nach dem Vorbild Österreichs, die den Ju-
gendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungs-
platz bekommen, den Einstieg in das erste Ausbil-
dungsjahr in einer außerbetrieblichen Ausbildung
210 bietet. Dies soll durch die Arbeitgeber mitfinanziert
werden.

- Impfstoff vorrausschauend bestellen. Es deutet sich
an, dass aufgrund der Mutationen eine Nachimpf-
fung erforderlich sein könnte. Hierfür müssen
215 schon jetzt Bestellungen abgegeben werden. Es
sollten nicht wieder die gleichen Fehler begangen
werden wie in der aktuellen Phase. Deutschland
sollte auch den Aufbau von Produktionskapazitä-
ten unterstützen. Die Patente sind freizugeben, da-
220 mit die ganze Staatengemeinschaft davon profitie-
ren kann. In einer globalisierten Welt profitieren wir
von jeder Impfung. Mutationen werden nur vermie-
den, wenn auch in anderen Ländern die Pandemie
gestoppt werden kann.

225